



## Presseinformation

Nr. 13/2011 Kiel, 18. Februar 2011

**Helmut Landsiedel**  
Fraktionsvorsitzender

**Christina Musculus-Stahnke**  
stv. Fraktionsvorsitzende

**Silke Jürgensen**  
stv. Fraktionsvorsitzende

**Wolf-Dietmar Brandtner**  
Ratsherr

*Redebeitrag – Es gilt das gesprochene Wort*

### **Atommüll**

In der gestrigen Ratsversammlung sagte der Vorsitzende der FDP-Ratsfraktion, Helmut Landsiedel, in der Debatte zu TOP 10.4 „Keine Verschiffung von Atommüll über Kieler Häfen“:

„Dieser Antrag löst einige Verwunderung aus. Sie bitten den OB – ggf. in Abstimmung mit dem Land – sicherzustellen, dass kein Atommüll im Kieler Hafen gelagert oder befördert wird.

Meine Verwunderung beruht auf drei Erkenntnissen:

1. Nach geltendem Atomrecht werden Transporte von Kernbrennstoffen nicht von den Ländern, sondern vom Bundesamt für Strahlenschutz genehmigt, dies besagt jedenfalls § 23 Abs. 1 Nr. 3 des Atomgesetzes. Wie wir als Ratsversammlung – ggf. in Abstimmung mit dem Land – sicherstellen wollen, dass kein Atommüll im Kieler Hafen gelagert oder befördert werden darf, bleibt mir unbegreiflich. Der Antrag sagt darüber nichts aus.

2. Völlig unverständlich wird dieser Antrag, wenn man weiß, dass in der 40. Sitzung des Schleswig-Holsteinischen Landtags am 28. Januar 2011 sowohl SPD als auch die Grünen einen Antrag der Linken abgelehnt haben, der ein Transportverbot von Kernbrennstoffen oder Atommüll durch schleswig-holsteinisches Gebiet vorsah. Da reibt sich doch jeder Bürger die Augen und fragt sich, was soll das denn? Atommüll durch Schleswig-Holstein zu transportieren, das darf sein, aber im Kieler Hafen lagern oder auf ein Schiff verladen, das wird verboten? Wie passt das sachlogisch zusammen – liebe Kooperation, ich verstehe das nicht. Wenn man den Atommüll nicht haben will, dann hätte man diesem Antrag der Linken doch zustimmen müssen, denn noch gehört Kiel und der Kieler Hafen zu Schleswig-Holstein oder folgen Sie da etwa dem St.-Florians-Prinzip?

3. Verwunderlich ist auch, warum man sich nur den Hafen aussucht, um dort den Transport von Atommüll zu verhindern. Warum nicht auch den Flughafen, schließlich hat doch ein Umweltminister mit dem Namen Gabriel in 2006 Atommüll aus Rosendorf mit dem Flugzeug nach Russland verbracht. Wer weiß, vielleicht kommt auch ein Umweltminister Röttgen auf die Idee, diesen Müll über den Kieler Flughafen zu transportieren.

Will man das Problem der Atommülltransporte ernsthaft angehen, dann helfen solche populistischen Anträge nicht weiter. Es hilft in keiner Weise, den Kieler Hafen zur Atommüll-freien-Zone per Ratsbeschluss zu erklären, zumal er dies schon ist. Nach Auskunft der Seehafen GmbH könnte man solche Transporte ablehnen, da die für Atommüll notwendigen Sicherheitsstandards nicht erfüllt werden. Was soll also ein solcher Antrag, wenn der Kieler Hafen die notwendigen Voraussetzungen für solche Transporte überhaupt nicht erfüllt und somit solche Transporte nicht möglich sind?

Übrigens wird der Vorschlag, eine Teilentwidmung von Hafengebieten vorzunehmen, von der Seehafen GmbH sehr deutlich als nicht zielführend abgelehnt.

Mein sehr verehrten Damen und Herren von der Kooperation, ziehen Sie diesen Antrag zurück, wir werden einem solchen unausgegorenen und rein populistischen Antrag nicht zustimmen.“

V. i. S. d. P.

Simone Rickert  
Fraktionsmitarbeiterin